

Kommunales und Europa

Seniorenpolitik konkret



Am 03. Mai 2006 wird sich die schon zur Tradition gewordene Bezirksverordnetenversammlung (BVV) für und mit Seniorinnen und Senioren zu Themen der Kommunalpolitik verständigen. Die Fraktion der Linkspartei.PDS hat sich kontinuierlich den politischen Interessen und Problemen der Seniorinnen und Senioren gewidmet.

Als sozialpolitische Sprecherin der Fraktion ist es mir wichtig, dass Seniorenpolitik nicht als Klientelpolitik betrachtet wird, sondern in den gesamtgesellschaftlichen Zusammenhang gestellt wird. Und beharrliches Nachfragen ist notwendig. Einige im vergangenen Jahr beschlossene Anträge sind noch in der Bearbeitung des Bezirksamtes und deswegen ist es wichtig, dass zunächst Rechen-

schaft über die Erfüllung der Aufgaben abgelegt wird.

Unsere Fraktion brachte wichtige Anträge in die BVV und den Ausschuss für Gesundheit/Soziales ein, mit denen das Bezirksamt ersucht wurde, in einem zu erarbeitenden Regionalmodell den langfristigen Erhalt der Angebote der Seniorenbegegnungsstätten zu sichern. Das allein ist schon ein provokantes und anspruchsvolles Anliegen, wenn man die Haushaltsdebatte verfolgt. Das Land Berlin hat große Probleme seinen gesetzlichen Pflichtleistungen nachzukommen. Wie steht es dann erst um die sogenannten „freiwilligen Leistungen“? Dazu gehören u. a. bezirkliche Seniorenbegegnungsstätten und soziale Angebote. In einem weiteren Antrag haben wir die Ämter und

Einrichtungen aufgefordert, ihre Dienstleistungen auf die Eignung für Seniorinnen und Senioren einschließlich auch für jene mit Migrationshintergrund zu überprüfen.

Am 1. März bekräftigten alle Fraktionen der BVV die Forderung nach einem „Seniorenmitwirkungsgesetz“ im Land Berlin. Damit sollen die Mitwirkungsrechte älterer Menschen und ihrer Vertretungen gesetzlich verankert werden. Ein solches Gesetz wäre das erste dieser Art in einem Bundesland.

Bei all unseren Bemühungen ist es uns besonders wichtig, mit der Seniorenvertretung und vor allem mit Seniorinnen und Senioren direkt zusammenzuarbeiten.

Eveline Lämmer
Bezirksverordnete

Soziales Europa oder Bolkestein?

Es gibt Begriffe in unserer Mediengesellschaft, die eigentlich nichts bedeuteten, aber symbolisch für die Ängste und Sorgen der Menschen stehen. „Stoppt Bolkestein!“, ein Slogan, mit dem keiner etwas vor zwei Jahren anzufangen gewusst hätte, nun aber symbolisch für die derzeitige gesellschaftliche Entwicklung weg vom Sozialen hin zum Marktradikalen steht. Im Zeichen dieses Prozesses stand der letzte Basistag der Linken.PDS in Pankow am 23. Februar in der Geschäftsstelle.

Als Gast war der wissenschaftliche Mitarbeiter der Bundestagsabgeordneten Ulla Lötzer, Sprecherin für internationale Wirtschaftspolitik, geladen. Michael Popp, der sich bereits seit Jahren mit der zähen Materie des europäischen Wirtschaftsliberalismus beschäftigt, referierte über den Entwicklungsprozess der sogenannten Bolkestein-Richtlinie, ihre ideologischen Wurzeln und über

Alternativen auf europäischer Ebene. Als „komplizierten Papierberg“ bezeichnet der Fraktionsmitarbeiter lächelnd die vor ihm



auf den Tisch liegende ausgedruckte Version der Richtlinie. Die Dienstleistungsrichtlinie sei ein Teil zur Vollendung des Projekts „gemeinsamer-europäischer Binnenmarkt“ und stehe voll und ganz unter dem ersten Gebot der Europäischen Union (EU): freier Verkehr von Waren, Personen und

Kapital. Sie soll dazu beitragen, dass die EU 2010 der wettbewerbsfähigste Markt auf der Welt wird. Die Ideologie hinter der Richtlinie setzt auf harten Wettbewerb, Lohndumping und Senkung des Verbraucherschutzes, Wachstum würde letztendlich allen zu Gute kommen. Nach Ansicht von Michael Popp haben die letzten Proteste wie etwa die Demonstration in Berlin mit 40 000 Teilnehmern bereits erste Wirkung gezeigt. Mit viel Sachverstand führte Popp die Zuhörer durch das Gewirr von Richtlinien und Gesetzen und diskutierte danach noch mit den Teilnehmern über die zukünftige Entwicklung des europäischen Arbeitsmarktes.

Die Aufgabe der Linken.PDS muss es nun sein, nicht einfach nur die Proteste zu begleiten, sondern eine neue Debatte um die Regelungen von Dienstleistungen europaweit anzustossen.

Julian Plenefisch

Die neuen Herausforderungen

Für 2006 gut aufgestellt

extraDrei sprach mit Gernot Klemm, Bezirksvorsitzender der Linkspartei.PDS in Pankow.

Du bist seit zwölf Jahren Bezirksvorsitzender, warst 1992 bis 1995 Bezirksverordneter und bist seit 1995 Mitglied des Abgeordnetenhauses.

Kann die Partei auch in Zukunft auf Dich zählen oder sehnst Du Dich nicht manchmal nach etwas anderem?

Ich finde, dass ich mit 41 Jahren noch nicht so recht zum alten Eisen gehöre. Deshalb kann die Partei auch in Zukunft mit mir rechnen. Allerdings habe ich nicht ewig vor, ein und die selben Funktionen auszufüllen.

Das Jahr 2006 ist sowohl für die Linkspartei im Bezirk wie auch im Land ein Entscheidungsjahr. Wie siehst Du die Partei hier in Pankow für die Wahlen gerüstet?

Der Bezirksvorstand hat bereits im November vergangenen Jahres eine Wahlstrategie beschlossen. Wir haben uns gleich danach an deren Umsetzung gemacht. So führt eine Kommission unter meiner Leitung Gespräche mit allen Kandidatinnen und Kandidaten, die sich für uns der Wahl zum Abgeordnetenhaus und zur Bezirksverordnetenversammlung stellen wollen. Für das Abgeordnetenhaus kandidieren in Pankow u.a. unsere Gesundheits-senatorin Heidi Knake-Werner, unser Landesvorsitzender Klaus Lederer und unser Fraktionsvorsitzender Stefan Liebich.

Auch die Schwerpunktaktivitäten des Wahlkampfes und die Grundzüge des Kommunikationskonzeptes für den Wahlkampf sind bereits festgelegt.

In diesem Sinne sehe ich die Bezirksorganisation gut aufgestellt.

Für die Wahlen im Bezirk hat die Linkspartei ein Programm mit 16 Bausteinen verfasst. Was kann man darunter verstehen?

Der Kern unserer Wahlstrategie ist natürlich die Erarbeitung eines bezirklichen Wahlprogramms. Wir haben dazu ad-hoc Arbeitsgruppen aus Mitgliedern der BVV-Fraktion, des Bezirksvorstandes und



von Arbeitsgruppen des Bezirksverbandes gebildet, die Vorschläge zu Wahlaussagen für ihren Fachbereich erarbeitet haben. Nun liegen die Vorschläge auf dem Tisch. Die gesamte Parteibasis hat jetzt die Möglichkeit, sich damit auseinander zu setzen. Parallel dazu wird auf Grundlage der Bausteine der erste Entwurf des Wahlprogramms erarbeitet. Am 13. und 14. Mai wird die Hauptversammlung dazu beraten und beschließen.

Die Situation zwischen der Linkspartei und der WASG scheint sich in Berlin zusehends zu zuspitzen. Wie schätzt Du die Beziehung zur WASG in Pankow ein?

Beim Bundestagswahlkampf 2005 haben wir gut zusammengearbeitet. Danach gab es gemeinsame Sitzungen der Bezirksvorstände

von WASG und Linkspartei in Pankow. Im Ergebnis haben wir eine gemeinsame öffentliche Veranstaltung zur Jugendpolitik im Bezirk durchgeführt. Allerdings sind die Erwartungen an Landes- und Kommunalpolitik nach wie vor so unterschiedlich, dass auch auf Bezirksebene ein gemeinsamer Wahlantritt nicht möglich zu sein scheint. Das ist schade und vor allem politisch unklug.

Wie drücken sich der Parteienneubildungsprozess und die Bundestagswahlen auf die Entwicklung des Bezirksverbandes aus?

Die Erwartungen an die sich formierende neue Kraft der sozialen Gerechtigkeit sind hoch. Wir haben im vorigen Jahr rund sechzig neue Mitglieder in Pankow hinzu gewonnen. In Gesprächen mit zahlreichen Menschen zeigt sich, dass viele bereits heute davon ausgehen, dass es die gemeinsame Partei schon gibt. Ich finde, wir haben nicht das Recht, diese einmalige Chance aufgrund politischer Differenzen zu verspielen. Das gilt meiner Meinung nach sowohl für die WASG als auch für unsere Partei.

Auf der nächsten Hauptversammlung wird ein neuer Bezirksvorstand gewählt. Welche Aufgaben stehen ihm bevor?

Um an die erste Frage anzuknüpfen: Ich kandidiere erneut für den Bezirksvorsitz. Ich gehe davon aus, dass dieser Vorstand nur noch ein Jahr amtiert. Bis zum September stehen wir im Wahlkampf. Danach muss die Fusion mit der WASG vorangetrieben werden. In einem Jahr, so hoffe ich, formiert sich dann auch in Pankow die neue gemeinsame Linkspartei.

Interview: Julian Plenefisch

Kein Monopoly

Sanierung statt Ausverkauf



Am 03. Mai 2006 wird sich Geschäftsführung und Aufsichtsrat der Wohnungsbaugesellschaft Mitte (WBM) haben einen Sanierungsplan für das insolvenzgefährdete Unternehmen beschlossen, der den Verkauf von mehr als 60 Prozent des Wohnungsbestandes innerhalb eines Jahres vorsieht. Mit dem geplanten Erlös von 700 Mio. Euro sollen die Schulden der (WBM) von 1,2 Mrd. Euro halbiert werden. Nach starkem Widerspruch der Linkspartei in der Koalition, hat der Senat diesen Plan vorerst gestoppt und nur den Verkauf von bis zu 3000 Wohnungen zur Insolvenzabwehr genehmigt. Damit ist die WBM nicht gerettet. Es ist aber Zeit gewonnen worden, um einen alternativen Weg der Sanierung der Gesellschaft zu erarbeiten.

Die Ursachen der Krise der WBM sind vielfältig: Fehlinvestitionen, zu hohe Sach- und Personalausgaben, unwirtschaftliche Sa-

nierung und überbeuerte Neubaulprojekte. Das Land hat der Gesellschaft durch In-sich-verkäufe und Dividende Kapital entzogen und unwirtschaftliche Projekte aufgedrängt.

Finanzsenator Sarrazin (SPD) irrt, wenn er verlangt, dass sich die Politik aus der Steuerung der Wohnungsunternehmen heraus halten soll. Die Linkspartei.PDS hingegen fordert: die politisch-wirtschaftliche Orientierung der kommunalen Wohnungswirtschaft ist neu zu formulieren. Dabei ist ihre eigentliche Funktion wieder in den Mittelpunkt zu stellen: Daseinsvorsorge insbesondere bei der Bereitstellung von bezahlbarem Wohnraum für breite Schichten der Bevölkerung. Weiterhin eine aktive Vermietungspolitik zur Sicherung der sozialen und ethnischen Mischung und zur Abwehr von Segregation und Gettoisierung, sowie eine steuernde Wirkung auf

Mietpreisentwicklung und Wohnungsstandards des freien Wohnungsmarktes. Zur Erfüllung dieser Aufgabe ist die Quantität des derzeitigen Wohnungsbestandes grundsätzlich zu erhalten und bei sich ändernden Rahmenbedingungen auch wieder zu erweitern. Öffentliche Wohnungsunternehmen wirtschaften nicht profitorientiert, aber sie sind wirtschaftlich und effektiv zu führen. Ihre betriebswirtschaftliche Orientierung folgt gemeinwirtschaftlichen Effizienz- und Leistungskriterien. Der Wert der kommunalen Wohnungsunternehmen für Berlin bemisst sich nicht an der Verzinsung des eingesetzten Eigenkapitals des Landes, wie Sarrazin (SPD) rechnet, sondern an ihre Wirkung für die soziale Stabilisierung des Gemeinwesens.

Dr. Michail Nelken
Abgeordnetenhaus

Ärger in der "Grünen Stadt"



Vor drei Monaten erfuhren wir von Mietern aus der "Grünen Stadt", dass ihr Vermieter die GSW, Wohnhäuser im Gebiet zwischen Greifswalder Straße und Kniprodestraße modernisieren will und Mieterhöhungen um bis zu 3,15 Euro pro Quadratmeter ins Haus stehen. Ohne individuelle Gespräche, ohne vorherige Versammlungen in den Häusern wurden sie mit Modernisierungsankündigungen verunsichert. Statt konkret

auf die Situation in der einzelnen Wohnung einzugehen, wurden vorhandene moderne Heizungen oder neue Fenster einfach ignoriert. Allein durch die geplanten Balkonbauten würde die Miete um 50 Euro pro Monat steigen. Für viele wäre das eine Verdopplung ihrer Miete und nicht mehr bezahlbar. Unsere Fraktion organisierte Anfang Februar vor Ort eine Einwohnerversammlung mit dem Ziel, den Betroffenen zu helfen. Dabei berieten die Mieterberatung Prenzlauer Berg und der Berliner Mieterverein die verunsicherten Mieter, wie sie gegen die Modernisierungsankündigung vorgehen und die Mietsteigerung so gering wie möglich halten zu können. Aus der Mitte der Mieterschaft gründete sich weiterhin eine Mietervertretung, um die Probleme der Mieter zu bündeln und gegenüber dem Vermieter zu vertreten. In der Bezirksverordnetenversammlung setzte sich unsere Fraktion nach-

drücklich für die Aufstellung einer Umstrukturierungssatzung in diesem Gebiet ein. Damit stehen zukünftig alle vom Vermieter beabsichtigten Baumaßnahmen unter besonderem Genehmigungsvorbehalt des Bezirksamtes. So kann die Genehmigung der Baumaßnahmen für ein Jahr ausgesetzt werden, wenn ein sozialverträgliche Sanierungsablauf beeinträchtigt wird. Schwerpunkte der Satzung werden sein, dass die aktuellen Mietspiegelwerte und die für ALGII- und Sozialhilfeempfänger geltenden Wohnkostenrichtlinien nicht überschritten und dass für die Dauer der Bauarbeiten Umsatzwohnungen zur Verfügung gestellt werden.

Wir setzen uns dafür ein, dass kein Mieter wegen der Modernisierung aus diesem Gebiet verdrängt wird.

Thomas Goetzke
Bezirksverordneter

Straßenausbaubeitragsgesetz

Keine Abzocke

Laut war der Theaterdonner schon, der von CDU und FDP im Berliner Abgeordnetenhaus veranstaltet wurde. Im Endeffekt war es jedoch viel Lärm um Nichts. Stein des Anstosses – der vor allem bei Eigenheimbesitzern unbeliebte Entwurf des Straßenausbaubeitragsgesetzes. Am 14. Dezember vergangenen Jahres fand dazu im Ausschuss für Bauen, Wohnen und Verkehr des Abgeordnetenhauses eine Anhörung mit Betroffenen und Verbänden statt, die u.a. zu Recht auf Ungerechtigkeiten und Härten des Entwurfes der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung hinwiesen. Anders als die bürgerliche Opposition, die durch Panikmache die Situation nur anheizen wollte, setzten sich Fraktionäre der Linkspartei (Uwe Döring und Marian Krüger) mit ihren SPD-Kollegen zusammen und qualifizierten den Entwurf. Herausgekommen sind eine Viel-

zahl von Verbesserungen, bspw. die Einbeziehung der Anlieger in die Straßenplanung, die Zustimmung der Bezirksverordnetenversammlungen, die Senkung der Beitragssätze für Anliegerstraßen um 5 Prozent, die zinslose Stundung der Beitragszahlung auch über drei Jahre hinaus und die klare Festlegung, dass Straßenreparaturen keine Ausbaumaßnahmen sind und der Anlieger deswegen nicht zur Kasse gebeten werden kann. Zwar kann das Land Berlin nach in Kraft treten des Gesetzes zukünftig bei Ausbaumaßnahmen z.B. bei Anlegung von zusätzlichen Radwegen, Gehwegen oder Straßenentwässerungsanlagen Beiträge von den Anliegern erheben. Jedoch wird das nach dem Willen der rot-roten Koalition weder unsozial noch über die Köpfe der Betroffenen hinweg geschehen. Insofern hat sich das harte Verhandeln und der Einsatz unserer Fraktionäre für die Interessen der Betroffenen ge-



lohnt. Auch das schon bestehende Erschließungsgesetz wurde gründlich nachgebessert. Zukünftig wird niemand mehr an Erschließungskosten beteiligt, wenn die Straße vor dem 3. 10. 1990 fertiggestellt wurde. Erinnerung sei daran, dass Ende der neunziger Jahre der damals CDU geführte Senat ein Gesetz durchsetzen wollte, in dem z.B. die Beteiligung der Betroffenen nicht vorgesehen war. Wie heißt es so schön: Wer im Glashaus sitzt, soll nicht mit Steinen werfen.

Andreas Bossmann

Im Norden stinkt's noch immer

Das Wasserhaushaltsgesetz (WHG) verpflichtet die öffentlich rechtlichen Körperschaften zur Abwasserbeseitigung und zwar so, dass „das Wohl der Allgemeinheit nicht beeinträchtigt wird.“ (WHG § 18 (1)). Der Abwasserbeseitigungsplan der Berliner Wasserbetriebe (BWB) aus dem Jahr 2001 sah vor, bis zum Jahr 2005 sämtliche zusammenhängende Siedlungsgebiete in Berlin mit einer zentralen Schmutzwasserkanalisation zu versehen.

Die Fraktion der Linkspartei.PDS in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) hat dazu eine entsprechende Anfrage ans Bezirksamt gestellt. Aus der Beantwortung ist zu entnehmen, dass wegen begrenzter Investitionsmittel für Abwassererweiterungsanlagen und eigentumsrechtlicher Probleme die ursprüngliche Planung nicht umgesetzt wurde.

Bis zum Jahr 2008 sind ins Bauprogramm der Berliner Wasserbetriebe für Blankenburg, Karow und Buch lediglich folgende Siedlungsgebiete aufgenommen: Blankenburg Nord (Frankenstraße u. a.), Blankenburg Ost (Lindenberger Weg u. a.), Blankenburg Ost (Lindenberger Weg Süd u. a.), Karow Altsiedlung (Straße 52 nördlich) und Buch Am Stener Berg (Alpenberger Straße u. a.). Alle anderen Gebiete in diesen Ortsteilen sind vorerst nicht für einen Anschluss an das öffentliche Schmutzwassernetz vorgesehen. Damit ergibt sich auch weiterhin für die betroffenen Einwohner neben der Geruchsbelästigung eine erhebliche Mehrbelastung bei den Abwasserkosten. Gegenüber angeschlossenen Haushalten müssen 280 Prozent höhere Kosten pro Kubikmeter Abwasser gezahlt werden.

Unsere Fraktion hat daher in der BVV einen Antrag eingebracht, der das Bezirksamt ersucht, sich dafür einzusetzen, dass die bisher nicht angeschlossenen Grundstücke im Vergleich zu den angeschlossenen Grundstücken finanziell gleich behandelt werden.

Wir unterstützen auch die Bürgerinitiative die sich in Blankenburg gebildet hat und u. a. Planungssicherheit für die Betroffenen erreichen will. Die Gruben sind häufig veraltet und wurden hinsichtlich des erwarteten baldigen Anschlusses nur notdürftig in Stand gehalten. Wird nun in eine neue Grube investiert und kommen in einigen Jahren die nicht unerheblichen Anschlussgebühren hinzu, werden diese Einwohner erneut belastet, obwohl die BWB in der Pflicht stehen.

Axel Bielefeldt
Bezirksverordneter



Parteifusion

Nutzen wir die Chancen



Spätestens mit der NRW-Wahl am 22. Mai 2005 war nicht nur das Debakel der damaligen SPD, sondern auch die Chance für die Etablierung einer neuen linken Kraft in Deutschland offenkundig. Es bestanden und bestehen viele Gemeinsamkeiten in den politischen Zielen und damit für ein Zusammengehen von PDS und WASG. Beide Parteien zogen auch unter dem Zeitdruck der vorgezogenen Bundestagswahlen die richtigen Schlussfolgerungen. Mit 55 Abgeordneten ist nun eine starke Linke im Deutschen Bundestag vertreten.

Wie sich zeigte, war und ist diese Parteibildung ein komplizierter Weg, der zuweilen auch Rückschläge beinhaltet. Auch innerhalb unserer Linkspartei waren Euphorie und Skepsis oft dicht beieinander.

Um diesen Weg als einen breiten politischen Prozess zu gestalten und die Entscheidungen auf der Bundesebene konstruktiv zu begleiten, hatte unser Bezirksvorstand frühzeitig Vertreter des Bezirksvorstand Pankow der WASG zu einer ersten gemeinsamen Verständigungsrunde ein-

geladen. Politische Gemeinsamkeiten wurden ausgelotet, die Differenzen nicht verschwiegen und eine erste gemeinsame Sitzung bei der Pankower Vorstände vereinbart. Diese fand am 14. August 2005 statt. Es erfolgten konkrete Absprachen für die gegenseitige Wahlunterstützung und für das Durchführen von Veranstaltungen. Im Bundestagswahlkampf wurde die beidseitig gewollte Kooperation mit Leben erfüllt.

Am 12. Dezember 2005 tagten beide Vorstände auf Einladung der WASG und tauschten sich zu den Wahlergebnissen aus. Unterschiedliche Erfahrungen und Kenntnisse führten auch hier zu verschiedenen Einschätzungen und Ableitungen der politischen Prozesse. Unser Bezirksvorstand entsprach gern der Bitte der WASG, ihnen unsere Kommunalpolitik im Bezirk zu vermitteln. Es wurde deshalb eine gemeinsame Veranstaltung zur Jugendpolitik in Pankow vereinbart. Diese sollte dazu dienen, die politischen Gemeinsamkeiten als auch die Differenzen beider Parteien themenkonkret auszuloten.

Die Veranstaltung fand am 09. Februar 2006 im FreiZeitHaus Weißensee statt. Die Einführungen erfolgten durch Gernot Klemm (Linkspartei.PDS) und Harald Hommers (WASG). Antje Zander (WASG) und Margrit Barth (Mitglied des Abgeordnetenhauses) referierten zum Thema Jugendfürsorge, Bezirksstadträtin Christine Keil (Linkspartei.PDS) und Dietmar Wendorff (WASG) zum Thema Kita. Durch die Linkspartei-Vertreter/innen erfolgten faktenreiche Darlegungen über die Kita-Entwicklung in unserem Bezirk, zum neugeschaffenen

Kita-Eigenbetrieb, über Gruppenstärken, zu Finanzierungsfragen, Jugendfördermaßnahmen, Probleme der Integration, Sicherung und Ausbau der Standards trotz der finanziellen Nöte. Dabei wurde viel erreicht in unserem Bezirk, was sich sogar im Bundesvergleich sehen lassen kann.

Seitens der WASG war wenig Anerkennung unserer Bemühungen für eine sozial ausgewogene Politik zu verspüren. Vielmehr wurden Vorwürfe laut über eine verfehlte Haushaltspolitik auf Landesebene und zu hohen Gruppengrößen in den Kita's. Die konkreten Fakten und rechtliche Rahmenbedingungen wurden z.T. ausgeblendet bzw. bewusst nicht wahrgenommen. Leider wurde von einzelnen WASG-Vertretern die gemeinsame Diskussion zu einem verbalen Schlagabtausch genutzt. Ich hatte den Eindruck nicht CDU und FDP waren die politischen Hauptgegner, sondern wir. Dennoch schätzte unser Bezirksvorstand ein, dass solche Treffen – neben den verschiedenen Kontakten einzelner Basisorganisationen - wichtige Bestandteile für die Gestaltung des politischen Vereinigungsprozesses beider Parteien sind und fortgesetzt werden sollten. Obwohl zwischenzeitlich eine andere Entscheidung durch den Landesparteitag und durch die Urabstimmung der Berliner WASG in Vorbereitung der Wahlen am 17. September d.J. getroffen wurde, steht unsere Bezirksorganisation für ein Zusammengehen beider Parteien.

Wir wollen die Chancen für eine starke linke Partei nicht verspielen!

Uwe Melzer
Mitglied des Bezirksvorstandes

Aus dem Bezirk

Alltag

■ Denkzeichen eingeweiht

In Erinnerung an die Bewohner jüdischer Herkunft des Hauses Christburger Straße 48 in Prenzlauer Berg wurde Ende Januar ein Denkzeichen eingeweiht. Aus dem Wohnhaus wurden von November 1941 bis Juni 1943 nachweislich 49 Frauen, Männer und Kinder in Ghettos, Konzentrations- und Vernichtungslager deportiert. Nur zwei von ihnen haben überlebt. Eine rechts neben dem Hauseingang angebrachte Gedenktafel erinnert an die Einzelschicksale.

■ Nehlhans-Strasse übergeben

Im Entwicklungsbereich Alter Schlachthof im Prenzlauer Berg wurde die Erich-Nehlhans-Straße der Öffentlichkeit übergeben. Erich Nehlhans war nach 1945 Erster Vorsitzender der Jüdischen Gemeinde zu Berlin. Die Anregung zur Benennung einer Straße nach Nehlhans kam aus der Bezirksverordnetenversammlung Pankow.

■ Blankenstein-Park

Im Entwicklungsgebiet Alter Schlachthof an der Eldenaer Straße wurde der Blankenstein-Park fertig gestellt. Das vier Hektar große Areal wurde nach Plänen der Landschaftsarchitektin Gabriele Kiefer für 1,3 Mio. Euro umgestaltet. Der Park mit großzügigen Rasenflächen, Bäumen und einem Spielplatz erfreut sich bei Anwohnern und Besuchern großer Beliebtheit.

■ Kita-Eigenbetrieb

Seit dem 1. Januar 2006 gehören alle kommunalen Kindertagesstätten des Bezirks Pankow dem Eigenbetrieb „Kindergärten Nord-Ost“ an. Die Geschäftsleitung des gemeinsamen Eigenbetriebes der Bezirke Pankow, Lichtenberg und Marzahn-Hellersdorf hat ihren Sitz in der Fröbelstraße 17, Haus 7 im Prenzlauer Berg. Informationen zum Elternbrief unter

www.berlin.de/pankow



■ Schloss Schönhausen

Das Schloss Schönhausen hat den Besitzer gewechselt. Es wurde vom Land Berlin der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg (SPSG) übertragen. Das Schloss wird in den kommenden Jahren saniert und soll spätestens Ende des Jahres 2009 komplett der Öffentlichkeit übergeben werden.

Senatorin vor Ort

Am 13.3.2006 besuchte die Senatorin für Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz Heidi Knake-Werner (Die Linkspartei.PDS) Projekte der Sozialarbeit im Bezirk Pankow. Heidi Knake-Werner, die sich für ihr Engagement, ihre Bürgernähe und ihren Einsatz für sozial Schwache Anerkennung und Zustimmung in der Stadt erworben hat, sprach mit Hochachtung von der Arbeit der Projekte. In der Freizeitgestaltung, bei Beratung und Betreuung, in Kursen und bei der Hilfe zur Selbsthilfe sind die Projekte wichtige Zentren der sozialen Infrastruktur, Anlaufpunkte für Betroffene und Interessierte sowie Bereiche engagierter ehrenamtlicher Arbeit. Überall wurde die Senatorin natürlich auch mit Problemen konfrontiert. Probleme vor allem, die sich aus der

desolaten finanziellen Situation der Stadt Berlin ergeben und die für viele Projekte existentielle Fragen aufwerfen.

Den Abschluss der Pankow-Tour bildete ein Gespräch mit dem Selbsthilfeverein der Geringverdiener und Erwerblosen in Pankow e.V. im Kulturhaus „Peter Edel“ in Weissensee. Die Mitglieder des Vereins, die Betroffenen mit Rat und Hilfe zur Seite stehen, Überlebensstrategien entwickeln helfen und gemeinwohlorientierte Aktivitäten initiieren, diskutierten mit der Senatorin in der gut besuchten Veranstaltung über Auswirkungen von Hartz IV.

Heidi Knake-Werner, im Spagat zwischen politischer Ablehnung des Bundesgesetzes und der Verantwortung für die Umsetzung in Berlin, verdeutlichte ihren Einsatz für Möglichkeiten zur



sozialen Verträglichkeit und der Nutzung von Spielräumen des Gesetzes. Forderungen des Vereins nach Abschaffung der Bedarfsgemeinschaft, der Anhebung des Eckregelsatzes, nach Mindestlohn und Inflationsausgleich fanden die Unterstützung der Senatorin.

Renate Tepper

Für eine sozialistische Zukunft!

Die Jugendarbeit in und bei der Linkspartei.PDS war immer eine ganz besonders verworrene Geschichte. Weil aber eine erfolgreiche Jugendarbeit so wichtig für eine linke Partei ist, lohnt es sich Mühe und Zeit in eben diese verworrene Geschichte zu investieren. Eine starke linke Jugendbewegung ist nicht in Sicht. Aber Jugendliche mit einem Heißhunger auf linke Ideen und Politik gibt es zu Hauf. Diese einzubinden, ihnen eine Plattform zum Ausleben einer linken Jugendkultur zu geben und sie an linke Politikansätze heranzuführen, ist das Ziel des bundesweiten Linksparteinahen Jugendverbandes ['solid] – die sozialist-

ische jugend. ['solid] steht für sozialistisch, links und demokratisch und wurde von Jugendlichen und jungen Erwachsenen in und bei der PDS 1999 in Hannover gegründet. Wir sind ein offener sozialistischer Jugendverband, der sich kritisch zur kapitalistischen Gesellschaft in den aktuellen politischen Auseinandersetzungen engagiert. Der Wahlkampf und der Parteinneubildungsprozess haben zu vielen Neueintritten bei ['solid] geführt. So kam es, dass sich im Dezember letzten Jahres eine Handvoll junger Menschen im Großbezirk Pankow zur neuen Bezirksgruppe ['solid] Pankow zusammenschlossen.

Als Pankower Gruppe wollen wir durch Aktionen und durch politische Jugendbildung linke Politik und Ideen bei den Jugendlichen verbreiten. Unsere Schwerpunkte sind unter anderem die antifaschistische Arbeit hier im Bezirk, sowie die Mitarbeit in der AG Grundeinkommen von ['solid] Berlin. Als offener Jugendverband suchen wir die Kooperation mit anderen linken Gruppen in Pankow und wollen vor allem mit der Linkspartei als erste Bündnispartnerin Veranstaltungen organisieren und in der Öffentlichkeit auf Demonstrationen Flagge zeigen. Nach unserer Ansicht genügt es nicht, linke Jugendpolitik hinter verschlossenen Türen zu machen; zur Eroberung der Köpfe und Herzen müssen wir eine breite sozialistische, demokratische und selbstbestimmte Jugendkultur unterstützen.

Kontakt: pankow@solid-berlin.de
Anne Wegner
 ['solid] Pankow



WANNWOWASWANNWOWASWANN

- 3. April
 19:30 Uhr
 Sitzung des Bezirksvorstandes,
 Laden im Dritten,
 Kopenhagener Str. 76
- 4. April
 16:00 Uhr
 Workshop „Die Geschichte der
 DDR“,
 Helle Panke,
 Kopenhagener Str. 9
- 5. April
 18:00 Uhr
 Basistreff Ortsgruppe Weißensee,
 Kieztreff,
 Pistoriusstr. 24
 20:00 Uhr
 „Brot, Pop und Politik – Stefan
 Liebich und Gäste“,
 Brotfabrik, Caligariplatz
- 7. April
 18:00 Uhr
 2. Tagung des 1.
 Landesparteitages der
 Linkspartei.PDS Berlin,
 ND-Gebäude,
 Franz- Mehring-Platz 1
- 14. bis 17. April
 Ostermärsche im gesamten
 Bundesgebiet
- 24. April
 19:30 Uhr
 Sitzung des Bezirksvorstandes,
 Laden im Dritten,
 Kopenhagener Str. 76
- 27. April
 18:00 Uhr
 Basistag,
 Laden im Dritten,
 Kopenhagener Str. 76
 Sprechstunde Delia Hinz
 (Abgeordnetenhaus),
 Kieztreff,
 Elsa-Brandström-Straße 6
- 28. April
 14:00 Uhr
 3. Werkstattgespräch „Berlin wird
 skandinavisch schlau“,
 Abgeordnetenhaus,
 Raum 304
- 29./30. April
 1. Tagung des 10.
 Bundesparteitages der
 Linkspartei.PDS in Halle,

Impressum

Herausgeber: Die Linke.PDS
 Bezirksvorstand Berlin Drei
 Kopenhagener Straße 76 in 10437 Berlin
 Fon 44 01 77 80 – Fax 44 01 77 81
www.pds-berlin-drei.de
 eMail: redaktion@pds-berlin-drei.de

V.i.S.d.P.: Gernot Klemm

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 16. März 2006
 Druck: double express Auflage: 8.500

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Kürzungen und Stilistische Überarbeitungen von Zuschriften sind vorbehalten. Auch unverlangt eingesandte Berichte, Meinungen, Fotos usw. werden sorgfältig behandelt.

Das Blatt wird durch Spenden finanziert.

Spenden können eingezahlt werden direkt in der Geschäftsstelle bzw. in einem der Kiezbüros oder auf folgendes Konto: 43 84 81 68 00 bei der Berliner Bank, BLZ 100 200 00, Verwendungszweck: 810-505.

Diese Spende ist Steuerlich absetzbar. Damit wir entsprechende Bescheinigungen für das Finanzamt ausstellen können, benötigen wir Name und Anschrift des Spenders/der Spenderin.